

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier
MdL zur Einführung des
Frauenwahlrechts vor 70
Jahren: Die Gleichheit le-
ben.

Seite 1

Dokumentation:

Bundestags-Vizepräsident
Heinz Westphal wird bei der
Gedenkveranstaltung der
Deutsch-Israelischen Gesell-
schaft Berlin und der Gesell-
schaft für christlich-jüdische
Zusammenarbeit aus Anlaß
des 50. Jahrestages der
Reichspogromnacht am 13.
November 1988 im Jüdi-
schen Gemeindehaus in Ber-
lin eine Rede zum Thema
„Sind die Deutschen fähig,
aus ihrer Geschichte zu ler-
nen?“ halten. Wir veröffent-
lichen daraus zentrale Passa-
gen.

Seite 4

43. Jahrgang / 217

11. November 1988

Die Gleichheit leben

Zur Einführung des Frauenwahlrechts vor 70 Jahren

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 12. November 1918 erließ der Rat der Volksbeauftragten durch Aufruf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen. Nachdem 1908 die Frauen das Vereins- und Versammlungsgesetz erstritten hatten, war damit ein entscheidender Etappensieg auf dem Weg zur politischen Gleichstellung errungen. Die SPD hatte die Forderung nach dem Frauenwahlrecht seit 1891 in ihr Parteiprogramm aufgenommen; sie war die einzige Partei im Kaiserreich, die für dieses Ziel kämpfte. Die Frauen stritten allerdings schon viel länger für ihr Wahlrecht, sie wurden dafür benachteiligt, verfolgt und geächtet.

Zwar ist seit dem vorigen Jahrhundert die Gleichstellung der Frau immer eng mit der SPD verknüpft gewesen - selbstverständlich war und ist das allerdings nicht. Die Arbeiterbewegung hat sich lange Zeit schwergetan mit den Forderungen der Frauen. Es waren gerade sozialdemokratische Arbeiter, die für einen Lohn kämpften, der es ihnen ermöglichte, Frauen und Kinder allein zu ernähren. Arbeiterinnen waren primär aus Existenzsicherungsgründen erwerbstätig. Zudem drückten sie den Lohn, da sie als Zusatzverdienerinnen ausgenutzt wurden.

Auch wenn die Frauen nicht immer von ihren männlichen Genossen unterstützt wurden, so hatten sie doch in August Bebel einen der engagiertesten Kämpfer für ihre Forderung. Schon 1879 schrieb er in „Die Frau und der Sozialismus“: „Frauen und Arbeiter haben gemein, Unterdrückte zu sein.“ Folgerichtig fiel für ihn die Lösung der Frauenfrage auch mit der Lösung der sozialen Frage zusammen. Bebel war auch der erste, der im Reichstag 1895 das Frauenstimmrecht forderte. Die bürgerlichen Parteien lehnten noch im Sommer 1918 einen Antrag der Sozialdemokraten auf Frauenstimmrecht ab.

Ähnlich engagiert wie Bebel und die Sozialdemokratinnen stritt nur noch ein Teil der bürgerlichen Frauenbewegung - er nannte

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen Ökonomie
mit wertvoller Rohstoff
Recycling-Papier



sich radikal - für die Einführung des Frauenwahlrechts. Denn selbst unter den politisch engagierten Frauen herrschte über diese Forderung keineswegs Einmütigkeit. Noch 1917 trat der „Deutsch-Evangelische-Frauenbund“ aus dem „Bund Deutscher Frauenvereine“ aus, da er meinte, die Forderung auf Frauenstimmrecht nicht bejahen zu können.

Sozialistengesetz, Vereins- und Versammlungsrecht erschwerten den sozialistischen Frauen den Kampf um das Wahlrecht außerordentlich; sie gründeten Tarnorganisationen, um sich überhaupt treffen zu können. Aber auch dort wurden sie beobachtet, bespitzelt und denunziert.

Die Regelungen des Vereins- und Versammlungsrechts bezeugen die wahre Stellung der Frau um die Jahrhundertwende augenfälliger als viele Sonntagsreden: So durften in Preußen „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern... keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge aufnehmen“. Die Aufhebung dieses Gesetzes am 15. Mai 1908 erlaubte den Frauen erstmals, sich umfassend zu organisieren; die seit 1911 stattfindenden Internationalen Frauentage wurden als Massenveranstaltungen zu Protest- und Demonstrationkundgebungen für das Frauenwahlrecht genutzt.

Am 19. Januar 1919 konnten die Frauen erstmals ihr Wahlrecht ausüben. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich hoch: von 17,7 Millionen wahlberechtigten Frauen machten 82,3 Prozent von ihrem Recht Gebrauch; 37 Frauen wurden insgesamt in das erste Parlament der Weimarer Republik gewählt - ein Frauenanteil von 8,7 Prozent, der im wesentlichen bis 1980 unverändert blieb!

Hatte die Revolution die „grundsätzliche“ Gleichberechtigung in der Weimer Verfassung verankert, wurde 1949 in der Verfassung für die zweite deutsche Demokratie die Gleichberechtigung ohne Einschränkungen beschlossen.

Die Frauen verdankten wieder einer Sozialdemokratin - Elisabeth Selbert - diesen so wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung. Der so selbstverständlich erscheinende Satz im Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, wäre ohne sie nur auf die rechtliche Gleichstellung beschränkt geblieben. Gegen die Gleichberechtigung in allen anderen Bereichen - außer den staatsbürgerlichen - wehrten sich CDU und FDP heftig, der Antrag führe zu unübersehbaren rechtlichen Konsequenzen. Elisabeth Selbert alarmierte die Öffentlichkeit, der Antrag wurde am 18. Januar 1949 einstimmig angenommen. Die durchaus übersehbaren Konsequenzen mußten Stück für Stück eingeklagt werden. Erst Mitte der siebziger Jahre beseitigte die sozialliberale Koalition die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Familienrecht und schaffte damit wichtige rechtliche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen.

Als wahre Revolution erwiesen sich die Bildungsreformen und die Ausbildungsfinanzierung (BAföG); zum ersten Mal erhielten Mädchen und Frauen gleiche Bildungschancen. Sie drängten ins Erwerbsleben wie nie zuvor.

Aber immer noch waren Frauen in der Politik kaum vertreten. Wurden ihre Interessen in der demokratischen Gesellschaft von Männern interpretiert. Erst der Quotenbeschluß von Münster 1988 schaffte in einer großen Volkspartei die Voraussetzungen dafür, daß Frauen nicht nur wählen durften, sondern auch gewählt werden können.

Mit der Einführung der 40-Prozent-Mindestquote für die Vergabe von Funktionen und Mandaten durch die Partei hat die SPD deutlich gemacht, daß sie ihre Gleichheitsforderungen nicht auf dem Papier verkümmern lassen will.

Sie hat damit Frauen eine Chance eröffnet und ein Signal gesetzt, das weit über die eigene Partei hinausgeht. Denn wenn die SPD diesen Quoten-Beschluß in ihren eigenen Reihen wirklich umsetzt, dann kann sich keine andere Partei, keine andere Organisation, keine Gewerkschaft - ja nicht einmal die Wirtschaft - diesem Beispiel entziehen. Hier bewirkt glaubwürdige Politik Veränderung.

Der Beschluß zur Einführung der Quote ist mit unendlicher Geduld und Toleranz, aber auch Härte von den Frauen in der SPD erstritten worden. Teile der autonomen Frauenbewegung hatten mit gutem Grund die Versöhnung mit den Männern längst zur Utopie erklärt und sich der „pragmatischen“ Gestaltung des Frauenraumes zugewandt; hatten Sozialdemokratinnen, die immer noch die Überwindung der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt zum Ziel hatten, milde belächelt. Und da bewegte sich diese Männerwelt doch - und wieder einmal in der traditionsreichsten Partei!

Mit Recht ist eingewandt worden, die Quote an sich könne kein Ziel sein. Das soll sie auch nicht, sie ist nur ein organisatorisches Mittel. Aber dieses Mittel ist notwendig für die Verwirklichung der Gleichstellung. Denn: Wer Gleichstellung nicht lebt, kann sie auch nicht durchsetzen. „Um schwimmen zu lernen, muß ich ins Wasser gehen können...“, meinte schon August Bebel.

Wer eine andere, eine neue Qualität von Politik will, muß Frauen und Männern die Chance geben, sich und ihre Lebenserfahrungen in die Politik einzubringen. Wer eine humane Politik will, darf nicht nur Ellenbogen und Durchsetzungsfähigkeit, sondern muß auch Kooperations- und Anpassungsfähigkeit, Sensibilität und Kreativität Raum geben.

Es geht um mehr als die rechnerisch gerechte Beteiligung von Frauen und Männern; der Quotenbeschluß hängt eng zusammen mit der Programmdiskussion der letzten Jahre.

Die offene und manchmal schmerzhafteste Diskussion zwischen Männern und Frauen in der SPD hat zu der Erkenntnis geführt, daß die Partei der Gleichheit und Gerechtigkeit nicht noch einmal die theoretische Gleichheitsforderung programmatisch erheben kann, ohne sie auch wirklich zu leben: in der eigenen Partei, in der eigenen Familie, mit den eigenen Freunden, mit den eigenen Kindern!

Die SPD will ernst machen mit dem, was sie programmatisch seit über hundert Jahren als richtig erkannt hat. Sie will Gleichheit leben!

(-/11.11.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Heinz Westphal: Das Gedenken darf nicht zum Ritual erstarren

Bundestags-Vizepräsident Heinz Westphal wird bei der Gedenkveranstaltung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit aus Anlaß des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht am 13. November 1988 im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin eine Rede zum Thema „Sind die Deutschen fähig, aus ihrer Geschichte zu lernen?“ halten. Wir veröffentlichen daraus zentrale Passagen.

Sie haben mich gebeten, zu Ihnen aus Anlaß des 50. Jahrestages der noch allzu oft als „Reichskristallnacht“ verharmlosten Pogromnacht zu sprechen, und dabei aber ein weitergestecktes Thema zu behandeln, nämlich „Sind die Deutschen fähig, aus Ihrer Geschichte zu lernen?“ Ich bin Ihrer Bitte gerne gefolgt, weil ich es für wichtig halte, das Gedenken an diesen ersten weithin sichtbaren und von niemandem mehr zu leugnenden Ausbruch der Brutalität des Nazi-Regimes wachzuhalten.

Aber ich weiß auch, daß ich mit diesem Thema eine schwierige Aufgabe übernommen habe, eben weil ich mich nicht darauf beschränken will, die Grausamkeiten der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zu schildern, weil es mir nicht genügt, auf die Brandschatzung von Synagogen, auf die Verwüstung und Plünderung jüdischer Geschäfte, auf die straflose Ermordung von über 100 Mitbürgerinnen und Mitbürgern jüdischen Glaubens und auf die folgende Verschleppung von etwa 26.000 Männern in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen hinzuweisen.

Ich finde es gut, daß in diesen Tagen Presse, Rundfunk und Fernsehen diese Tatsachen immer wieder berichten, darstellen und kommentieren. Und ich habe auch die Hoffnung, daß dadurch Wissenslücken gefüllt werden, die gerade bei Jugendlichen noch immer bestehen, und vielleicht wecken sie bei manchen sogar das Interesse, sich näher mit der Nazi-Zeit und ihren Ursachen zu beschäftigen. Doch ich teile die Sorge des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Martin Kruse, daß in einer Flut von Worten gerade Wesentliches untergehen kann und daß es nicht die Menge der Worte ist, die der Gefahr des Verschweigens wehrt.

Das Gedenken an die Pogromnacht würde zum Ritual erstarren, wenn sich die Erinnerung zu sehr konzentriert auf die spektakulären Verbrechen jener Nacht. Dann bliebe dies Erinnern unfruchtbar, folgenlos, denn es verschweigt die „Banalität des Bösen“, wie Hannah Arendt es nannte, in das alle Grausamkeiten und Bestialitäten der Nazi-Zeit eingebettet sind, und es verdeckt eher die Entwicklungen, die zu dieser Nacht hinführten.

Gordon Craig hat aufgrund seiner historischen Forschungen festgestellt, daß „der Antisemitismus vor 1914 einer hartnäckigen unterschwelligem Infektion glich, die damals die Gesundheit des sozialen Organismus nicht ernsthaft gefährdete, sich aber resistent erwies gegenüber allen Versuchen, sie zu überwinden“. Also schon damals latenter Antisemitismus in größerer Breite. Willy Haas meinte 1945 sogar, daß man durch die Kriegspostkarten des Wilhelmismus hindurch zuweilen schon die trüben Umrisse Adolf Hitlers habe erahnen können. Und auch ich meine, daß bereits mit der Ermordung Walter Rathenaus 1922 durch Angehörige der sogenannten Freikorps eine erste Grenze auf dem Weg überschritten war, der zur November-Nacht 1938 und danach nach Auschwitz führte.

Lassen Sie mich schließlich an noch etwas erinnern, das in diesen Tagen nur zu oft nicht oder doch nicht ausreichend gewürdigt wird: Zwar richteten sich die staatlich organisierten und geduldeten, ja gedeckten Ausschreitungen des 9. November 1938 gegen die jüdischen Mitbürger. Von der Wurzel her aber, der die verabscheuungswürdigen Verbrechen entsprangen und die Ralph Giordano „Verlust der humanen Orientierung“ nennt, von diesem Grundübel waren auch andere Mitbürger betroffen. Ich will hier nur an die Sinti und Roma erinnern, über die es im „Runderlaß des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei“ vom 8. Dezember 1938, die „Regelung der Zigeunerfrage“ betreffend, heißt: „Die bisher bei der Bekämpfung der Zigeunerplage gesammelten Erfahrungen und die durch die rassenbiologischen Forschungen gewonnenen Erkenntnisse lassen es angezeigt erscheinen, die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen.“

Wir alle wissen, was diese Regelung für das Schicksal einer weiteren Gruppe von Mitbürgern bedeutete, und wir erinnern uns an den 9. November 1938 als an das Datum, an dem der Nationalsozialismus es zum ersten Mal wagte, aller Welt seine häßliche Fratze zu zeigen. Wir erinnern uns - aber ist es damit getan? „Nur jenes Erinnern“, so Ernst Bloch, „ist fruchtbar, das zugleich an das erinnert, was noch

Ist unser Erinnern fruchtbar?

Es wird es nicht sein, wenn nicht noch weitere Schritte hinzukommen. Freilich: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach der Befreiung von der Schreckensherrschaft, schien dies alles einfach. Wir dachten damals, um mit Elie Wiesel zu sprechen, „es würde genügen, der Welt ein Gedicht vorzulesen, geschrieben von einem Kind im Ghetto von Theresienstadt, um sicherzustellen, daß kein Kind, nirgendwo, jemals wieder Hunger oder Angst aushalten müßte. Es würde genügen, eine ‚Selektion‘ im Todeslager zu beschreiben, um sicherzustellen, daß Menschenrecht und Menschenwürde niemals mehr verletzt würden. Wir dachten, es würde genügen, von der Flutwelle des Hasses zu erzählen, der über das jüdische Volk hereingebrochen war, und die Menschen überall würden entscheiden, daß ein für allemal ein Ende sei mit dem Haß gegen jemand, der anders ist, sei er schwarz oder weiß, Jude oder Araber, Christ oder Muslim, ein Ende des Hasses gegen jeden, dessen Lebensausrichtung unterschieden ist, sei es in politischer, weltanschaulicher oder sexueller Hinsicht.“

Elie Wiesel mußte feststellen, daß diese Vergegenwärtigung der Furchtbarkeiten nicht ausreicht und jeder von uns, der sich auch nur einigermaßen Mühe gibt, wahrzunehmen, was um ihn herum, was in Deutschland und was in der ganzen Welt vor sich geht, jeder, der das tut, muß zum gleichen Ergebnis kommen.

Ich weiß deshalb sehr wohl, wie schwierig, aber auch wie gefährlich das Thema ist, das ich mir für diese Rede gewählt habe. Gefährlich zum Beispiel, weil eine bequeme Antwort schnell zur Hand ist und sich überdies auf eine Reihe von nationalen und internationalen Autoritäten stützen kann: Die Antwort, daß man aus der Geschichte nichts lernen könne und also schon die Frage sinnlos sei.

Die Belehrung durch die Erfahrung der Geschichte

Hegel schrieb: „Man verweist Regenten, Staatsmänner, Völker vornehmlich an die Belehrung durch die Erfahrung der Geschichte. Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dies, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.“ Klingt das nicht plausibel und zutreffend, zumal aus dem Munde jenes berühmten Philosophen, und bietet das nicht darüber hinaus ein hervorragendes Argument für alle diejenigen, die Gründe haben, keine Lehren aus dem Geschehenen zu ziehen?

Das geht dann so weiter: Wieso eigentlich wir, die Deutschen? Müssen, wenn schon, dann nicht auch die anderen Völker fähig sein, aus ihrer Geschichte zu lernen?

Haben nicht auch andere Völker, zu anderen Zeiten, schreckliche Untaten begangen? Warum immer dieses Insistieren auf der deutschen Vergangenheit, warum immer dieser Anspruch, wir müßten unsere Lehren daraus ziehen?

Ralph Giordano, dieser brillante Beobachter und Analytiker der deutschen Geisteshaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, hat solcherart Fragen zutreffend als einen der „kollektiven Affekte“ diagnostiziert, mit dem versucht wird, der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte aus dem Wege zu gehen und möglichst noch diejenigen anzuklagen, die an diese Notwendigkeit erinnern.

Wir haben sie ja in den letzten Jahren keineswegs nur an Stammtischen gehört, die Forderung, daß irgendwann schließlich einmal Schluß sein müsse, daß die Deutschen endlich heraustreten müßten aus dem „Schatten der Vergangenheit“ und wie die Peinlichkeiten alle lauten.

Vom gedankenlosen, oder besser: vom hoffentlich gedankenlosen Gerede von der „Gnade der späten Geburt“ über die noch andauernden Bemühungen, die Geschichte unseres Landes möglichst bald sozusagen ins Museum zu verbannen, bis hin zu jenem erst allmählich ausklingenden „Historikerstreit“ ist dieses abwehrende Geschwätz salonfähig gemacht worden, so daß es schließlich eines entscheidenden Wortes unseres Bundespräsidenten bedurfte, uns daran zu erinnern, daß Auschwitz nun einmal Teil unserer Geschichte ist und daß wir uns mit Auschwitz als Teil unserer Geschichte auseinandersetzen haben.

Nicht, daß dieses Ausweichen vor der eigenen Geschichte, daß diese Peinlichkeiten nicht verständlich wären. Auch Elie Wiesel fragte: „Ist es nicht ganz natürlich für einen Menschen, das zu unterdrücken, was ihn peinigt, beschämt? Genauso wie der Körper, so schützt auch das Gedächtnis seine Wunden.“ Im Lichte dieser Betrachtung bietet sich sogar der Schluß an, daß die Wunden noch umso offener und schmerzender, umso weniger verheilt sind, je mehr man sich bemüht, sie zu schützen.

Als konkrete Beispiele dafür, wie offen die Wunden noch sind unter der dünnen Schicht der alltäglichen Normalität, möchte ich zwei Vorgänge anführen:

Da ist zum einen das Städtchen Dornau an der Ahr, in dem der Bürgermeister eine Gedenktafel für die Opfer der Dependance des Konzentrationslagers Buchenwald anbringen lassen wollte. Gestützt auf eine klare konservative Mehrheit, hatte er keine Bedenken, diesen Antrag in den Rat einzubringen. Aber er hatte sich getäuscht: statt Zustimmung erntete er Entrüstung und Empörung darüber, daß er nach 40 Jahren an diesen dunklen Fleck der Geschichte erinnern wollte und damit das ruhige Ahrstädtchen in Gefahr bringe, mit einem Arbeitslager der Nazis identifiziert zu werden.

Und da sind zum anderen die Jahre um Jahre dauernden und noch immer nicht vom Erfolg gekrönten Bemühungen eines Fördervereins, in Dachau, am Ort eines der bekanntesten Konzentrationslager der Nazis, eine Internationale Jugendbegegnungsstätte zu errichten. Auch hier gab und gibt es wieder diese heftige Abwehr, in diesem Falle des Rats von Dachau und seiner CSU-Mehrheit, die durch eine solche Begegnungsstätte nicht die Möglichkeit zur Bewältigung der Geschichte geschaffen sehen, sondern die den guten Namen Dachaus und das Ansehen seiner Bürger bedroht sehen durch die von der Jugend und ihren Organisationen weitergeführte Auseinandersetzung mit dem Geschehenen.

Und nicht nur dadurch, so meinen diese wohl situierten Bürger, werde ihr guter Ruf bedroht: Ebenso und vielleicht viel mehr noch sind sie darüber empört, daß nach den Vorstellungen des Fördervereins in der geplanten Begegnungsstätte auch so anstößige Themen behandelt werden sollen - und in den jährlichen Zeltlagern auch schon behandelt worden sind - wie die Behandlung der Homosexuellen und der Homosexualität in der Gesellschaft - in unserer heutigen Gesellschaft wohl gemerkt. Solche Themen nämlich, so die Argumentation, hätten mit der Auseinandersetzung mit dem Konzentrationslager Dachau nichts zu tun. Richtiger ist wohl: Diese Themen passen nicht in die Landschaft ungestörten konservativen Denkens.

Was kann man aus der Geschichte lernen?

Womit wir wieder bei der Frage wären, ob die Deutschen fähig sind, aus ihrer Geschichte zu lernen, oder genauer: bei der Frage, was man aus der geschichtlichen Erfahrung überhaupt lernen kann.

Etwas einfacher ist da schon die Antwort auf die Frage, was man aus der Geschichte nicht lernen kann und nebenbei bemerkt, auch nicht zu lernen versuchen sollte: nämlich denselben Fehler noch einmal zu begehen. Denn die Geschichte wiederholt sich nicht, und ich stimme Martin Walser zu, der im Juni 1965 aus Anlaß der damaligen Auschwitz-Prozesse schrieb: „Natürlich wird sich Auschwitz nie wiederholen. Der nächste Triumph des Asozialen wird sich anders ausstaffieren. Deshalb ist es ja sinnlos und gleichzeitig befriedigend, Auschwitz nur in seinen einmaligen Fakten und sozusagen nur mit den Nerven wahrzunehmen.“ Das ist beißender Sarkasmus; aber er klärt: Genau hier liegt der - allerdings verlockend bequeme - Denkfehler jener Damen und Herren im Rat der Stadt Dachau und leider auch in höheren Instanzen, die das Lernen aus der Geschichte, wenn es denn schon sein muß, auf das Lernen geschichtlicher Fakten reduzieren wollen.

...

Wir brauchen in die Breite wirkende Mittel, die intensiv genug sind, um prägende Wirkungen zu erzielen. Medien wie Zeitungen oder Fernsehen schaffen dies nur manchmal, zu selten. Ich suche nach Antworten dafür, nach besseren Ideen. Mir scheint, ein solches Mittel könnte gegeben sein in dem Angebot an alle, an Alt und Jung, Frauen und Männer, sich für eine Sache zu engagieren, bei der man in Gemeinschaft, als Glied einer Gruppe, anderen Menschen hilft und für die Verwirklichung gemeinsamer Interessen eintritt. Ich schätze die aufklärerischen und erziehenden Wirkungen der Gruppe Gleichaltriger, Gleichinteressierter, Gleichgesinnter hoch ein.

Die Bedingungen für ein solches gemeinsames Engagement waren äußerst schlecht in jenem Deutschen Reich, von dem der Historiker Theodor Mommsen sagte, es könne etwas nicht stimmen in einem Land, in dem Weltfremdheit höher gepriesen werde als politische Wachsamkeit. Heute sind die Bedingungen für die Entstehung und Tätigkeit freier Gruppen deutlich besser. Aber ist die Ablehnung, die möglichst weitgehende Ausklammerung des Politischen, vor der Mommsen warnte, schon weit genug überwunden? Mir scheint: Leider nein! Diese abstinente Einstellung ist doch eine der Ursachen dafür, daß die Deutschen aus ihrer Geschichte lange Zeit nichts gelernt haben. Um es ganz drastisch mit den Worten Bertolt Brechts auszudrücken: „Die Zuschauer bei Katastrophen erwarten ja zu Unrecht, daß die Be-

teiligten daraus lernen werden. Solange die Masse das Objekt der Politik ist, kann sie, was mit ihr geschieht, nicht als einen Versuch, sondern nur als ein Schicksal ansehen; sie lernt so wenig aus der Katastrophe, wie das Versuchskarnickel über Biologie lernt."

Die schrecklichen Pogrome des 9. November 1938, sie sind von der Mehrzahl der Deutschen schweigend als Schicksal angesehen worden, das sie hinnahmen.

Bei Paul Celan fand ich eine Stelle in einem Gedicht:

„ich weiß,
ich weiß und du weißt, wir wußten,
wir wußten nicht,
wir waren ja da und nicht dort...“

Diese Deutschen haben dann auch die weiteren Stationen des Weges in die Katastrophe hingenommen. - Mit dieser Katastrophe aber und mit Hilfe der Siegermächte wurden zugleich die Bedingungen dafür geschaffen, daß die Masse zum Subjekt der Politik werden und damit auch ihren Charakter der hinnehmenden „Masse“ verlieren konnte. Wohlgermerkt: verlieren konnte. Denn - selbst wenn man zu denjenigen gehört, die sich nicht sagen lassen wollen und es sich auch nicht zu sagen lassen brauchen, sie hätten nichts getan, um die notwendige Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit sofort und intensiv zu beginnen und dabei die jungen Menschen ansprachen, aber die älteren nicht etwa ausließen - selbst dann muß man sich eingestehen, daß in einer bald einsetzenden Periode der Restauration die Vergangenheit weitgehend verdrängt wurde und die Aufarbeitung nicht in dem erforderlichen Maße erfolgte.

Inkonsequente Entnazifizierung, Beschäftigung mit dem Wiederaufbau, sofort beginnende Ost-West-Auseinandersetzung, deutsche Wiederbewaffnung sind die wesentlichen Stichworte dafür. Und nicht zuletzt unter dem Eindruck der als „Wirtschaftswunder“ verklärten ökonomischen Entwicklung verzichteten nur allzu viele bereitwillig und gedankenlos auf die eigene, innere Klärung, die es auch ermöglicht hätte, den eigenen Kindern ehrlich das eigene Versagen einzugestehen und dadurch ihre Achtung zu gewinnen.

Und damit waren auch viel zu wenige bestrebt, aus der Geschichte zu lernen und die nun gegebene Möglichkeit zu nutzen, an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.

Das nämlich, die Demokratie durch die Erhaltung und stetige Vervollkommnung einer menschenwürdigen und friedensbereiten Gesellschaft zu festigen, das ist es, was ich von einem Lernen aus der Geschichte erwarte. Im Dezember 1945 schrieb Eugen Kogon am Ende seiner erschütternden und niederschmetternden Analyse des SS-Staates: „Deutschland ist gegen den Terror des Nationalsozialismus nicht aufgestanden, weil es bis jetzt ein politisches Volk im Sinne des Wortes nicht gewesen ist.“

Der Umgang mit dem Asylrecht als Testfall für unsere Humanität

Es ist schwer zu sagen, inwieweit wir Deutsche inzwischen aus der Geschichte gelernt haben und uns zu einem politischen Volk entwickelt haben. Wir haben es zwar geschafft, eine beachtlich stabile parlamentarische Demokratie aufzubauen.

Es bleibt aber Skepsis, ob wir genug aus der Geschichte gelernt haben. Immerhin sehe ich eine Reihe von Fragen, an denen sich erweisen kann, wieviel wir aus der Geschichte schon gelernt haben.

Die Diskussion um die Aufhebung oder zumindest Abschwächung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl für jeden einzelnen politisch Verfolgten zum Beispiel ist so ein Testfall, an dem sich erweisen muß, wie gefestigt unsere Humanität in Wirklichkeit ist. Es geht hier nicht oder nicht nur darum, aus dem Wissen um die Schicksale der aus dem Nazi-Reich Vertriebenen oder Geflohenen heraus eine historische Schuld abzutragen - es geht vielmehr um unsere Offenheit gegenüber politisch Verfolgten also um ein Teil der Toleranz unserer Gesellschaft überhaupt. Wenn wir wirklich aus der Geschichte gelernt haben, wenn wir wirklich zu einem politischen Volk werden, dann muß diese schäbige und nur allzu durchsichtige Diskussion, die um die Asylfrage entfacht wurde, schleunigst ein Ende finden.

Es müssen auch die Versuche aufhören, die in diesem Zusammenhang unternommen werden, unsere Verpflichtung und unsere Bereitschaft zur Integration der deutschen Aussiedler gegen unsere Solidarität mit den politisch Verfolgten auszuspielen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Wort sagen zu einer Problematik, die hiermit eng zusammenhängt und die ausgerechnet in diesen Tagen durch das unmögliche Gerede von der „durchmischten und durchrassten“ Gesellschaft in beschämender Weise in Erinnerung gerufen wurde. Ich meine die Frage unseres Verhältnisses zu den ausländischen Mitbürgern und die damit verbundene, durchaus nicht nur latente Ausländerfeindlichkeit.

Sie alle wissen, wie oft über Türken geredet wird. Sie alle haben von den Brandanschlägen auf Wohnheime gehört, in denen Asylbewerber untergebracht sind. Und wenn Sie sich mit den Mitgliedern der Initiativgemeinschaft der mit Ausländern verheirateten oder zusammenlebenden Frauen unterhalten, dann werden Ihnen bisweilen kalte Schauer über den Rücken laufen angesichts der Pöbeleien, denen auch heute noch und hierzulande Frauen ausgesetzt sein können, die sich mit Ausländern „einlassen“.

...

Als weitere ernste Bewährungsprobe sehe ich an, inwieweit wir zur Solidarität mit den Arbeitslosen und ihren Familien und zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bereit sind...

Ob wir unsere Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben, wird sich auf einem weiteren Gebiet zu erweisen haben, wo man eigentlich annehmen könnte, daß ein Lernen aus dem Vergangenen besonders leicht wäre: an unserem Eintreten gegen das menschenverachtende System der Apartheid in Südafrika. Ich will das NS-System und das Apartheid-Regime keineswegs vergleichen - damit trüge ich nur dazu bei, die Schrecken der Nazi-Zeit zu verkleinern. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß wir Deutsche, die wir die Folgen rassistischer Menschenverachtung in unserem eigenen Land erlebt haben, in engem Schulterschuß mit denen stehen müssen, die in Wort und Tat für die sofortige Abschaffung des Apartheid-Regimes eintreten.

Sie werden vielleicht überrascht sein, wenn ich, ausgehend von der Erinnerung an die Greuel der Reichspogromnacht, nun diese aktuellen politischen Probleme anführe als Gradmesser dafür, ob die Deutschen fähig sind, aus der Geschichte zu lernen, und inwieweit sie bisher ihre Lehren gezogen haben.

Vom Gedenken muß Unruhe ausgehen

Aber ich sah keine andere Möglichkeit, die gestellte Frage wirklich zu beantworten, es sei denn, ich hätte Zuflucht zu allgemeinen und wohlklingenden, aber nichtssagenden Allgemeinplätzen gesucht, wie man sie bei Jubiläumsfeiern hört. Dies aber, diese heutige Veranstaltung, ist alles andere als eine Jubiläumsfeier, bei der man stolz auf das Geleistete schaut und sich zufrieden zurücklehnen kann. Von dieser Gedenkstunde sollte etwas ausgehen, das uns helfen kann, die Lehren unserer Vergangenheit für uns selbst und für die folgenden jungen Generationen fruchtbar zu machen: Unruhe.

Diese Unruhe als Gegensatz zu bequemem Verharren und Schweigen muß von Generation zu Generation weitergetragen werden. Um noch einmal den von mir hochgeschätzten Elie Wiesel zu zitieren: „Es mag Zeiten geben, in denen wir zu machtlos sind, um Ungerechtigkeiten vorzubeugen. Aber es darf nie eine Zeit geben, wo wir nicht dagegen protestieren.“

Ich hoffe, daß diese Gedenkstunde und alle anderen Veranstaltungen zum Gedenken an die Pogromnacht vor 50 Jahren diese Grundlage für das Gespräch schaffen und festigen helfen. Erst wenn das erreicht ist, haben wir aus der Geschichte gelernt.

(-/11.11.1988/vo-he/rs)

* * *